

## RENTENGIPFEL IN BERLIN

## Abgestempelt

Schon heute gehören Rentner, die den Müll nach Pfandflaschen durchwühlen, zum Bild vieler Städte – und die Zahl der bedürftigen Senioren steigt. Jetzt beruft Arbeitsministerin Ursula von der Leyen einen Rentengipfel ein. Doch die Teilnehmer sind gespalten. Ihre Standpunkte im Überblick.

VON HANNES KOCH

**Berlin** – Für viele Beschäftigte ist der Bescheid der Rentenversicherung ein Anlass, sich ernsthaft Sorgen zu machen. Da arbeitet man seit 25 Jahren, verdient inzwischen ganz gut – und hat bisher doch nur Rentenanträge von 400 Euro angesammelt. Wie soll man mit diesen mageren Rentenzahlungen im Alter über die Runden kommen? Genau diese Frage beschäftigt auch die Politik. Bereits in der kommenden Woche, am Mittwoch, trifft sich Arbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) zum „RegierungsdialoG Rente“. Bei den auf mehrere Wochen angelegten Gesprächen mit Rentenexperten, Sozialpartnern und Sozialverbänden geht es um Wege zur Vermeidung von Altersarmut und um die Zukunft der Rente generell. Damit erfüllt von der Leyen ein Versprechen, das schon im Koalitionsvertrag von 2009 enthalten ist. Unsere Zeitung analysiert die aktuelle Lage – und die Vorschläge, um das Problem anzugehen.

## Aktuell sieht die Situation so aus

Heute erhalten rund 400 000 Rentner die sogenannte „Grundsicherung im Alter“. Nach Angaben des Arbeitsministeriums sind das 2,4 Prozent der Altersgruppe über 65 Jahre. Altersarmut sei heute also noch kein großes Problem, folgert Arbeitsministerin von der Leyen. Die Grundsicherung wird ähnlich berechnet wie Hartz IV: Grundbedarf von knapp 400 Euro plus Kosten für die Wohnung. Die Zahl der Menschen, die mit diesen Mini-Renten von knapp 700 Euro leben müssen, wird

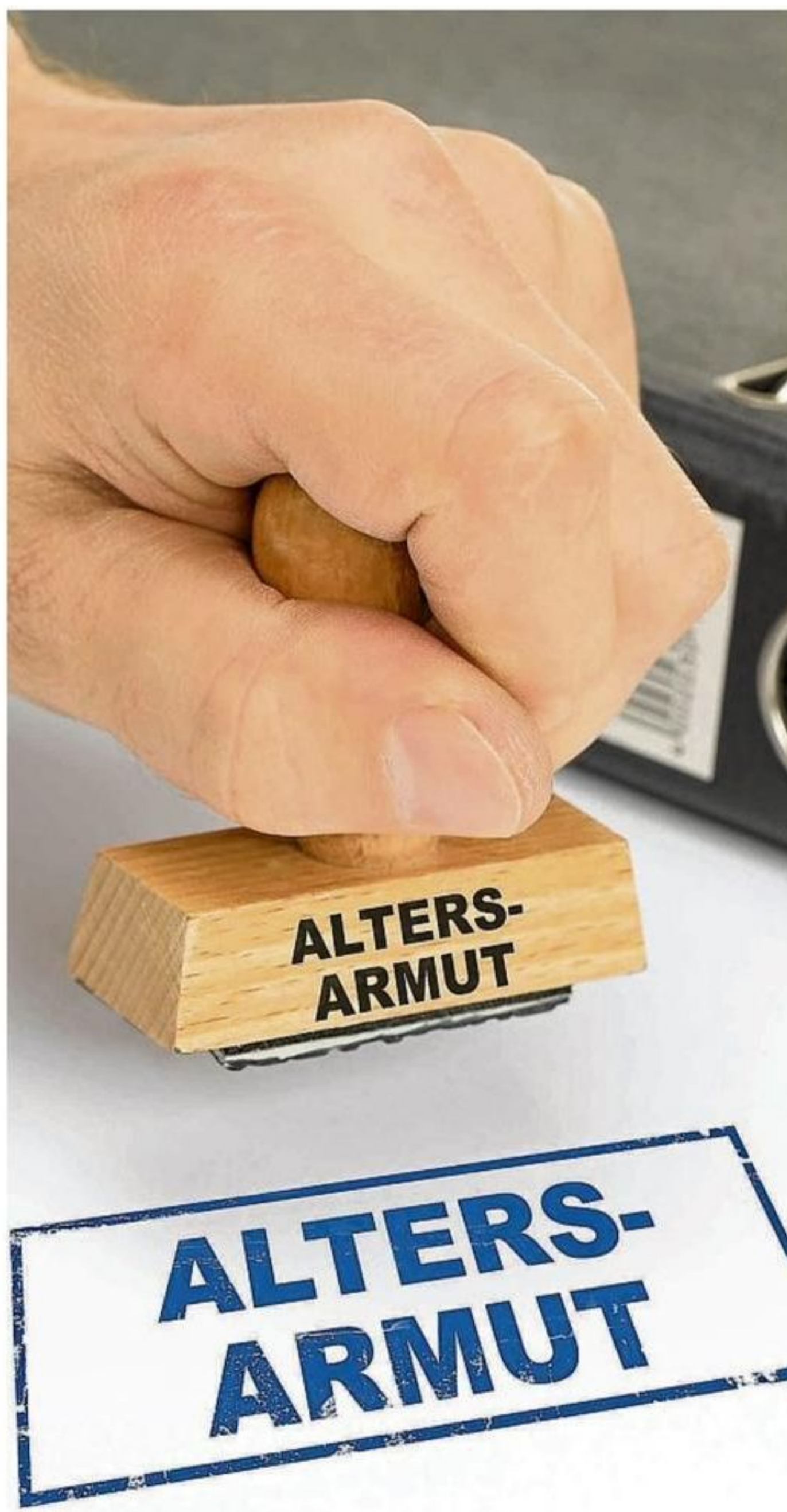
künftig aber stark steigen. Der Grund: Millionen Beschäftigte arbeiten im Niedriglohnsektor und verdienen daher nicht genug, um eine auskömmliche Alterssicherung zu erwirtschaften. Hinzu kommen die unsteadyen Berufsbiographien. Beschäftigte bringen es heute häufig nicht mehr auf 45 Beitragsjahre. Zeitweise arbeiten sie viel und verdienen gut, dann aber wiederum folgen Phasen schlecht bezahlter Selbstständigkeit – oder auch Erwerbslosigkeit. Entsprechend sinkt die Rente.

## Das Modell der Arbeitsministerin

Um dem Gerechtigkeitsgefühl Genüge zu tun, ist die Arbeitsministerin bereit, die Rente für eine begrenzte Zahl von Beschäftigten aufzustocken. Gedacht wird an eine Größenordnung von 840 Euro – gut 140 Euro mehr als das, was viele Empfänger der Grundsicherung heute bekommen. Wer also ein Leben lang gearbeitet hat, bekommt mehr als Hartz IV. Der Schönheitsfehler: Diese Regelung soll nur für Arbeitnehmer gelten, die 45 Versicherungsjahre nachweisen. In Verbindung mit anderen Einschränkungen läuft das darauf hinaus, dass nur wenige Menschen in den Genuss der Verbesserung kämen. Ministerin von der Leyen setzt im Kampf gegen Altersarmut also vor allem auf eine Neuordnung der Erwerbsminderungsrenten und eine Lockerung der Zuverdienstgrenzen für Frührentner. Ein Ministeriumssprecher wollte dies zum jetzigen Zeitpunkt aber „weder bestätigen noch dementieren“.

## Forderungen der CDU-Ausschüsse

Karl-Josef Laumann, der Vorsitzende der Christlichen Arbeitnehmerschaft der CDU, will die Basisrenten für langjährige Beschäftigte einführen. Arbeitsministerin von der Leyen lehnt die Einführung einer Sockelrente jedoch ab. Laut Laumann würden niedrige Einkommen bei der Berechnung der Entgeltpunkte, die die Grundlage der Rentenzahlung bilden, höher bewertet. Für diese „Rente nach Mindesteinkommen“



Der Stempel sagt alles: Immer mehr ältere Menschen leben am Existenzminimum. Die Politik ist zwar alarmiert, aber praktikable Lösungen sind noch nicht in Sicht. FOTOLIA

fordert Laumann, mehr als zwei Milliarden Euro jährlich einzusetzen – entweder aus Steuereinnahmen des Bundeshaushaltes oder aus einer Beitragserhöhung der Rentenversicherung um 0,3 Prozent. Die Arbeitsministerin lehnt das Modell unter anderem deshalb ab, weil mehr Rentner begünstigt würden und es ihr außerdem zu teuer ist.

## Die Vorschläge des Kath. Kolpingwerks

Thomas Dörflinger, CDU-MdB und Chef des Kolpingwerks, hat zusammen mit anderen Verbänden eine zusätzliche Sockelrente vorgeschlagen. Diese würde die bisherigen Formen der Altersvorsorge ergänzen und Niedrigverdiener über die Schwelle der Grundsicherung hinausheben. Die Finanzierung soll über zusätzliche Abgaben auf „alle Einkunftsarten“ erfolgen. Das heißt: Auch auf Einnahmen beispielsweise aus Kapital und Mieten würden Rentenbeiträge fällig.

## Das wollen die Grünen

Rentenexperte Wolfgang Strengmann-Kuhn macht sich für eine Garantierente stark. Geringe Rentenanträge würden aus Steuermitteln aufgestockt. Nach 30 Versicherungsjahren erhält ein älterer Arbeitnehmer demnach mindestens 824 Euro, sagt der Grünen-Politiker. Die Kosten bleiben angeblich „unter fünf Milliarden Euro“, erklärt Strengmann-Kuhn weiter.

## Auch SPD und Linke für die Sockelrente

Auch die Sozialdemokraten setzen sich für eine Sockelrente ein. Die SPD-Vizevorsitzende Manuela Schwesig nennt es – mit Blick auf den Standpunkt von Arbeitsministerin Ursula von der Leyen – unverantwortlich, Menschen, die immer voll gearbeitet haben und für diese Arbeit unter Mindestlohniveau verdient haben, eine Rente oberhalb der Mindestabsicherung zu verweigern. „Eine Sockelrente kann Altersarmut bei ihnen verhindern“, sagt sie. Ähnlich äußert sich auch der Linke-Parteichef Klaus

Ernst. Er fordert eine gesetzliche Mindestrente von 850 Euro: „Auf Deutschland rollt eine Welle der Altersarmut zu“, sagt Ernst. SPD-Chef Sigmar Gabriel hatte sich bereits im Sommer für eine Sockelrente eingesetzt, wobei die SPD die Details erst im Herbst liefern will.

## Der DGB hat mehrere Varianten berechnet

Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat die Bundesregierung aufgefordert, auf eine Absenkung des Rentenbeitrags zu verzichten. „Uns geht es darum, den dadurch entstehenden finanziellen Spielraum zur Bekämpfung der Altersarmut zu nutzen“, sagt DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntentbach. Für den DGB ist klar: Durch Verzicht auf eine Senkung des Rentenbeitrags – er liegt derzeit bei 19,9 Prozent und könnte bei anhaltend guter Entwicklung der Beitragseinnahmen in den kommenden Jahren bis auf 19,1 Prozent sinken – ließen sich Leistungsverbesserungen in der Rente finanzieren. Dennoch könne der Beitragssatz bis zum Jahr 2030 stabil gehalten werden. Derzeit ist gesetzlich geregelt, dass der Beitragssatz gesenkt werden muss, wenn die Rücklagen der Rentenkassen 1,5 Monatsausgaben übersteigen. Dies zeichnet sich ab. Buntentbach sprach sich dafür aus, den „Automatismus“ auszusetzen.

Ohne Beitragsabsenkung könnten die Rücklagen der Rentenversicherung nach DGB-Berechnungen auf 65,5 Milliarden Euro im Jahr 2015 und auf 94,2 Milliarden Euro oder 5,5 Monatsausgaben 2020 steigen. Bis 2028 allerdings würde die Reserve aus demografischen Gründen auf knapp 13 Milliarden Euro oder 70 Prozent einer Monatsausgabe absinken.

Buntentbach fordert zudem ein Sofortprogramm gegen Altersarmut. Im Jahr 2030 werde ein Durchschnittsverdiener 33 Jahre arbeiten müssen, um als Rentner über die Grundsicherungsschwelle zu kommen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund plädiert für Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente, ein höheres Budget für Reha-Leistungen und die Abschaffung der Rente mit 67.